

## Oettinger hat Angst um Europas Strom

EU-Kommissar verlangt: Deutschland muss die Energiewende europakompatibel machen.

Jürgen Flauger, Klaus Stratmann  
Berlin

EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat heftige Kritik am Alleingang Deutschlands bei der Energiewende geübt. Er sieht dadurch die gemeinsame europäische Energiepolitik in Gefahr: „Wenn Deutschland als Musterknabe so schnell vorangeht, dann klinken sich die anderen Länder aus“, warnte Oettinger gestern auf der Handelsblatt-Jahrestagung „Energiewirtschaft 2013“ in Berlin, „wir sollten lieber gemeinsam eine überschaubare Geschwindigkeit wählen, dann machen alle mit.“ Es gehe nicht um eine „regionale Selbstverwirklichung“. Deutschland müsse als größte Volkswirtschaft die Energiewende EU-kompatibel machen.

Oettinger führte als Beispiel die Probleme an, die benachbarte Staaten haben, weil sie regelmäßig Strom aus Deutschland aufnehmen müssen, weil die vielen Wind- und Solaranlagen mehr produzieren, als der heimische Markt benötigt. Polen musste bereits Sperren einbauen, um das eigene Netz zu schützen. „Schon jetzt ist sichtbar, dass die deutsche Energiewende nur abgestimmt mit anderen europäischen Ländern gelingt“, sagte Oettinger.

Der Energiekommissar fürchtet um den Erfolg seiner eigenen Projekte. Die EU-Kommission arbeitet in mehreren Bereichen an einer einheitlichen Energiepolitik. So drängt sie auf einen Ausbau der europäischen Netze und Fortschritte beim Binnenmarkt für Strom und Gas. Vor allem aber arbeitet sie schon an neuen Zielen, die über die für 2020 in der EU gesetzten 20-20-20-Ziele hinausgehen. Die Mitgliedstaaten hatten sich geeinigt, bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgas gegenüber 2005 um 20 Prozent zu senken, die Energieeffizienz um 20 Prozent zu verbessern und den Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent zu steigern.

**Oettinger sorgt sich vor allem um den Zustand des europäischen Stromnetzes.** Europa habe eine gute Infrastruktur bei Straßen, Schienen, Flug- und Seehäfen oder in der IT, sagte er: „Die Qualität des Stromnetzes kann da nicht mithalten.“

Hier sei der grenzüberschreitende Verkehr noch vollkommen unzureichend. „Bei Strom gelten noch die Gebietsgrenzen der Fürstentümer aus dem 14. Jahrhundert“, kritisierte Oettinger vor den versammelten 1200 Vertretern von Energiekonzernen, Stadtwerken, Politik, Verbänden und Beratungsunternehmen. Dadurch werde der Import und Export von Strom gehemmt. Das schade dem Wettbewerb im Binnenmarkt für Energie.

Oettinger sieht einen gewaltigen „quantitativen und qualitativen Nachholbedarf“. „Unsere Netze sind zwar besser als im Mittleren Westen der USA, aber auch wir haben in den vergangenen zwanzig Jahren zu wenig investiert“, sagte der EU-Kommissar. Speziell Kuppelstellen zwischen den Stromleitungen der einzelnen Staaten seien dringend nötig. „Es geht um den Auf-

bau einer paneuropäischen Energieinfrastruktur.“

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler pflichtete Oettinger bei: „Wir brauchen eine Zusammenarbeit beim Thema Netze auf europäischer Ebene“, sagte er auf der Handelsblatt-Tagung. Die Bundesregierung sei bereit, Kompetenzen abzugeben. Er bezeichnete den Netzausbau als „größte Herausforderung“, sieht Deutschland aber auf gutem Weg, nachdem im vergangenen Jahr mit einem Netzentwicklungsplan die Prioritäten für den Bau neuer Stromtrassen festgelegt und die Grundlagen für schnellere Genehmigungsverfahren gelegt worden sind.

**„Natürlich hat der Netzentwicklungsplan eine europäische Komponente.**

Das ist uns durchaus bewusst“, sagte der Präsident der Bundesnetzagentur Jochen Homann und wies damit Oettingers Kritik zurück. Natürlich seien bei der Abfrage, welche Leitungen vorrangig sind, auch die europäischen Nachbarstaaten befragt worden.



Günther Oettinger spricht auf der Handelsblatt-Energietagung.

In einem weiteren Punkt unterstützte Wirtschaftsminister Rösler seinen ehemaligen Parteifreund Oettinger. Rösler bekräftigte, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu reformieren, das Strom aus alternativen Quellen Vorrang im Netz einräumt und feste Vergütungssätze garantiert. Es sei ein gutes Gesetz gewesen, um den Aufbau der erneuerbaren Energien zu fördern, als sie noch ein Nischendasein führten, sagte Rösler. Von einer Nische könne man aber nur bei einem Marktanteil von drei, vier Prozent reden. Jetzt steuern Wind, Sonne und Co. bereits 21 Prozent zur deutschen Stromproduktion bei. „Das ist kein Nischenmarkt mehr, der ein Subventionsgesetz rechtfertigt“, so Rösler.

Er denkt daran, statt der festen Einspeisevergütung Prämien auf den Marktpreis zu bezahlen. So würden effizientere erneuerbare Energien belohnt und es gebe Anreize, sich mehr am Markt zu orientieren.

In einem ersten Schritt will Rösler aber vor allem eine „Strompreisklemme“ einführen: Künftig soll es nicht mehr möglich sein, dass ein Betreiber einer Anlage selbst dann Geld bekommt, wenn er seinen Strom gar nicht ins Netz einspeisen kann, weil beispielsweise die Kapazität des Netzes nicht ausreicht.